

ZdJ
zeitung der jungsozialisten georgsmarienhütte



nr 19

Nummer 19 - Februar 1983

Verantwortlich:

Annerose Brouwer / Detlef Hengelbrock / Rainer Korte / Uschi Piek /
Hermann Raufhake / Uwe Spille / Reinhold Thiede / Frank Woike /

AUFLAGE: 100

PREIS: 0.50 DM

Anschrift: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, Georgsmarienhütte

Telefon: (05409) 1487

Liebe Leser!

Voller Hoffnung darauf, daß es auch in Gmhütte genügend lauffreudige Friedensfreunde gibt, hat man es gewagt: Auch in unserer Stadt wird in diesem Jahr ein Ostermarsch durchgeführt. Phantasievolle Ideen zur Gestaltung haben wir reichlich, wenn genügend Leute mitmachen, wird's sicher toll. Näheres dazu im Heft.

Heftige Diskussionen (und einen Leserbrief) hat bereits vor dem Druck die-

ser ZdJ der Artikel zum "Job-Sharing" ausgelöst. Über Leserzuschriften gerade zu diesem Thema würden wir uns sehr freuen.

Ausnahmsweise haben wir in dieser Ausgabe einen längeren Artikel aus dem "Spiegel" abgedruckt, in dem ein enger Mitarbeiter Helmut Schmidts zu den Parolen von der "Unregierbarkeit" und dem "Rot-Grünen Chaos" Stellung nimmt. Sehr empfehlenswert!

1. GMHütter Ostermarsch

3. April '83

BEGINN: 9.30 UHR, MARKTPLATZ KL. OESEDE

Schließlich noch eine erfreuliche Mitteilung: in den letzten Monaten hat sich die Zahl der aktiven Jusos beinahe verdoppelt; auch in der ZdJ-Redaktion arbeiten einige "Neue" mit.

Wir haben übrigens beschlossen, in dieser Nummer nichts Karnevalistisches zu bringen, weil wir alle Karneval blöd finden.

In diesem Sinne: "Helau ...!"

Neues aus der Juso-AG

Ende September war Erhard Eppler auf Einladung der Juso-AG in Georgsmarienhütte. Wir hatten natürlich erwartet, daß die Veranstaltung mit diesem hervorragenden Vertreter der Friedensbewegung gut besucht werden würde - daß es aber so voll würde, hatte wohl keiner geglaubt. Die Aula der Realschule war bis auf den letzten Platz gefüllt, es müssen wohl über 400 Leute gewesen sein! Auf jeden Fall war das die größte Veranstaltung, die unsere AG jemals gemacht hat. Erfreulich auch, daß eine ganze Menge älterer Genossen gekommen war; ich glaube, auch sie waren von Epplers Vortrag beeindruckt.

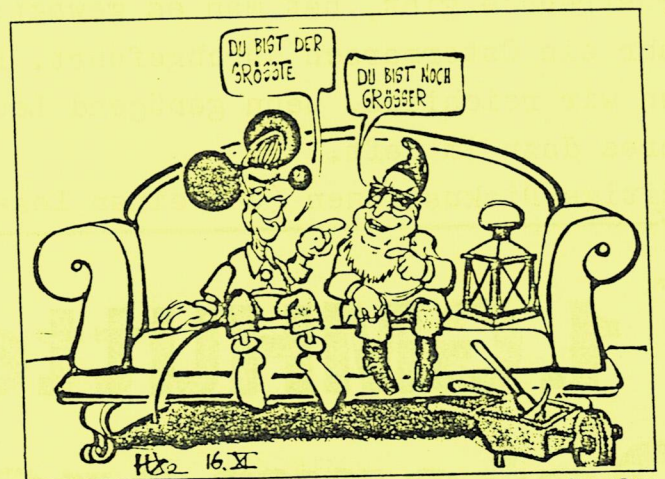
Seit der Eppler-Veranstaltung und der SPD-Friedenswoche haben wir eine ganze Reihe neuer Mitglieder bei den Jusos begrüßen können. 5 "Neue" arbeiten ständig aktiv mit, einige weitere erscheinen sporadisch bei unseren Veranstaltungen. Wie aktiv diese neuen Mitglieder sind, sieht man übrigens auch an der Mitarbeiterliste für diese Zeitung (siehe Titelblatt!)

Unsere langgeplante LP-Fete war ein voller Erfolg: jede(r) Anwesende(r) durfte eine halbe Stunde lang ein persönliches Musikprogramm vorstellen. Dabei kam dann ein breites Spektrum von "Neuer Deutscher Welle" bis zu Bluesnummern aus der 30er Jahren heraus! Wichtiger war aber wohl, daß bei der Fete wieder einmal so richtig gefuttert werden konnte - Juso-Feten arten in letzter Zeit immer wieder zu Fressorgien aus (ob das am Vorsitzenden liegt?)!

Näheres über unsere gemeinsame Aktion mit der Jungen Union gegen Ausländerfeindlichkeit und den Verlauf der Friedenswoche findet sich in ausführlichen Artikeln in diesem Heft.

Viele Jusos beteiligten sich an der Waldsäuberaktion des SPD-Stadtbezirkes Oesede. Was alles im Wald weggeschmissen wird ist schlicht unglaublich: Sofas, Fernseher, Sessel, Plastikplanen, Unmengen von Autoreifen, und, und, und! Wir fanden übrigens auch einen Plastiksack voller totgeschlagener Katzen im Wald...

Im Dezember fuhren wir mit vielen Leuten aus dem Friedenskotten zum Atomwaffenlager Borgholzhausen (ca. 10 km hinter Dissen). Obwohl wir uns nur interessiert das Lager angesehen haben (von öffentlichen Straßen aus!), waren ständig Militärfahrzeuge in unserer Nähe und beobachteten uns. Die Nummern unserer Autos wurden notiert und wir aufgefordert, nicht zu nahe an den Zaun der Anlage zu gehen. Wir Jusos fuhren etwas früher als der Rest der Gruppe nach Hause (wir wollten die "Sportschau" sehen) und verpaßten so den Höhepunkt: Polizei erschien und wollte die Personalien der dagebliebenen Friedensköttler aufnehmen - andernfalls wurde die vorläufige Festnahme angedroht. Da fragt man sich doch tatsächlich: Haben unsere Militärstrategen vor der eigenen Bevölkerung solche Angst?!



Gigantentreffen in Washington

Gemeinsam mit der "Unabhängigen Wählergemeinschaft Gmhütte" (UWG) haben wir Anfang Januar eine Flugblattaktion gegen den von der CDU (und besonders von unserem heißgeliebten Bürgermeister) geplanten Bau einer Mehrzweckhalle in Oesede durchgeführt. Obwohl diese Zusammenarbeit nicht immer so lief wie sie sollte, wurden immerhin rund 5000 Flugblätter in Gmhütte verteilt!

Anfang Januar war Alfred Emmerlich bei unserer Juso-AG zu Gast. Dabei bezeichnete er den Vorschlag des sowjetischen Parteichefs Andropov zur Abrüstung als eine "Vorleistung der Russen", der nun vom Westen honoriert werden müsse. Wenn doch bloß alle SPD-Bundestagsabgeordneten so denken (und dann auch handeln!) würden...

Erster G.M.Hütter Ostermarsch

Der Initiativkreis "Atomwaffenfreie Zone" hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, in diesem Jahr am ersten Ostertag einen Ostermarsch in Georgsmarienhütte durchzuführen!

Ob dieser Marsch für den Frieden, für Abrüstung, für eine atomwaffenfreie Zone in ganz Europa und gegen die Aufstellung von Pershing-II-Raketen auch gleichzeitig der letzte Ostermarsch ist, hängt von der Beteiligung ab.

Also: Mann und Frau, Kind und Kegel, nehmt am 1. Georgsmarienhütter Ostermarsch teil!

Folgender Ablauf wird erwogen:

Abmarsch: Ostersonntag, 3. April, 9.30 Uhr vom Marktplatz Kloster-Oesede.

Route: Kloster-Oesede - Hohe Linde - Lindenbreite - Kiewitsheide - Heideweg - Industriegebiet Osterheide - Malbergen - Holzhausen - Hagener Str. - Haseldehen - Brunnenstraße - Hochstraße - Südring - Breslauer Weg - Karolinenhöhe - Teutoburger-Wald-Straße - Marktplatz Oesede.



ZdJ abonnieren !!

Leider haben wir bislang erst sehr wenige Abonnenten für die ZdJ gefunden.

Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist!

Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr (plus 1 Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM im Jahr, ab Nr 20

Name:

Strasse:

Ort:

Datum/Unterschrift:

*1) Mindestbetrag pro Jahr DM 5,-!

Einreichen an: Reinhold Thiede jun., Am Sandberg 2, Oe

Gegen 12.00 Uhr soll eine etwa halbstündige Pause in Holzhausen und etwa um 15 Uhr die Abschlußkundgebung in Oesede sein. Zur Abschlußkundgebung wird wahrscheinlich die Band des Friedenskottens spielen.

Dieser Ostermarsch soll auch die "heiße Phase" für die Durchsetzung einer atomwaffenfreien Zone Georgsmarienhütte eröffnen. Wir hoffen, bei diesem Marsch und durch diesen Marsch die für einen Bürgerantrag notwendigen 1250 Unterschriften erreichen zu können, um dann bis Ende dieses Jahres (wenn die Pershing-II stationiert werden soll) wenigstens Georgsmarienhütte atomwaffenfrei zu haben.

Deshalb soll jeder mitgehen, der eben kann. Der Marsch findet bei jedem Wetter statt; aber vielleicht hagelt es ja diesmal ausnahmsweise nicht beim Ostermarsch!

Noch ein Tip für Insider: Auch in diesem Jahr wird wieder Reinhold Thiede mit seinem OSTEREI dabei sein ("Osterei statt Pershing II") !!!

Friedenserziehung

Dieser Aufgabe haben sich wohl alle Eltern verschrieben - mit mehr oder weniger Erfolg. Kein Vater, keine Mutter will, daß ihr Kind eines Tages tötet.

Die Rolle, die das Fernsehen heute in der Erziehung spielt, ist äußerst wichtig. Die Verantwortlichen scheinen diese Aufgabe aber nicht immer ernstzunehmen.

Müssen in Zeichentrickfilmen Probleme mit "Wasserstoffbomben" gelöst werden, muß die Kraft einer Zeichentrickfigur durch die Explosion einer Atombombe verdeutlicht werden? Wird das Bild des Krieges nicht verfälscht, wenn sich Kastanien als Wurfgeschosse in Raketen verwandeln oder wenn schon im Trickfilm die Kanone einen Konflikt am besten löst?

Deswegen laßt uns mehr Verantwortung fordern. Jeder Erwachsene trägt seine Verantwortung gegenüber den Kindern, nicht nur die Eltern!

Atomwaffenfreie Zone

Als der Gedanke einer atomwaffenfreien Zone in unserer Stadt das erste Mal in der Juso-AG geäußert wurde, erntete diese Anregung zunächst nur Hohngelächter. Ähnliches passierte, als wir auf dem Unterbezirksparteitag der SPD im Herbst einen Antrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Landkreis einbrachten. „Unseriösität“ war noch eine vergleichsweise milde Bezeichnung für unser Vorgehen.

Inzwischen haben eine Reihe von Leuten umgedacht und es hat sich eine Gruppe von mehr als 20 Personen gebildet, die diese Idee in GMHütte durchsetzen will. Worum geht es?

Daß das atomare Wettrüsten über kurz oder lang zwangsläufig in einem Atomkrieg enden wird, ist inzwischen Gedanken- gut eines großen Teiles der Bevölkerung. Daß die sogenannte „Nachrüstung“ ein ganz praktischer Schritt in Richtung auf einen Krieg wäre (weil die „Nachrüstung“ die Verwundbarkeit für die UdSSR extrem erhöht und deren Vorwarnzeit extrem verkürzt), ist zwar noch umstritten, jedoch setzt sich in der SPD langsam aber sicher diese Auffassung durch. So hat sich unser SPD-MdB Alfred Emmerlich ganz klar in diese Richtung geäußert. Was gegen diese wahnwitzige Rüstung getan werden kann, haben wir u.a. in unserer Sondernummer „Frieden“ deutlich gemacht: Krefelder Appell unterschreiben, an Demonstrationen teilnehmen, in der Partei Anträge einbringen und diskutieren.....

Diese Aktivitäten haben in der Regel den Nachteil, daß sie keinen kommunalen Bezug aufweisen und daß die unmittelbare Betroffenheit der Bürger nur schwer zu erzielen ist. Diese persönliche Betroffenheit kann leichter erzeugt werden, wenn Menschen unserer Stadt vermittelt bekommen, daß ein Atomkrieg sie als Personen vernichten wird und daß unsere Stadt bei einem Atomkrieg ausgelöscht würde. Aus dem Bewußtsein heraus, daß wir hier in GMHütte verbrennen, schmelzen oder an radioaktiver Strahlung jämmerlich zugrunde gehen würden, wollen wir hier vor Ort unseren Beitrag zur Verhinderung eines solchen Krieges und zur Verhinderung der „Nachrüstung“ leisten.

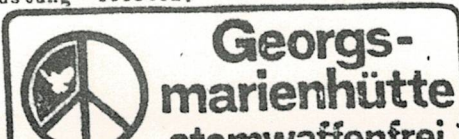
Die allgemeine Forderung „keine Atomwaffen in Europa“ ist uns zu wenig. Sicherlich ist die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone von Polen bis Portugal, von Norwegen bis zur Türkei richtig und gut. Doch wer könnte diese Forderung nicht unterschreiben? So allgemein bekommt Friedensarbeit keine Stoßrichtung, sie bleibt stehen bei „Haunemann, geh Du voran“; Atomwaffen sollen weg, doch die anderen sollen anfangen.

Aus diesem Teufelskreis der wechselseitigen Forderungen wollen wir heraus.

Ziele dieser Aktion sind im einzelnen:

1. Information der Bürger vor Ort über die drohende Kriegsgefahr und die unmittelbare Betroffenheit.
2. Herbeiführung einer mehrheitlichen Meinung der Bürger in GMHütte gegen Atomwaffen im allgemeinen und gegen die weitere Aufstellung von Atomwaffen in der Bundesrepublik im besonderen.
3. Dies soll sich ausdrücken durch die Einbringung eines Bürgerantrages in den Stadtrat, damit der Stadtrat in diesem Sinne einen Beschluß faßt. Für diesen Bürgerantrag sind 1250 Unterschriften aus GMHütte nötig.
4. Beschlußfassung im Stadtrat über diesen Antrag.
5. Deutliche Artikulation des Bürgerwillens gegenüber politischen Gremien und Repräsentanten auf Bundesebene.
6. Reale Verhinderung jeglicher kriegsvorbereitender Tätigkeiten, ob sie gewollt oder ungewollt sind, z.B. Ausbau des Selbstschutzes; Transport, Lagerung oder Aufstellung von Waffen, Waffenträgern oder Leitsystemen. Im Hinblick auf atomare Kriegsführung ist auch die Aufgabe der Bundeswehr auf dem Dörenberg zu überprüfen.
7. Ausdehnung dieser Aktion auf andere Städte, Gemeinden und Kreise in der näheren Umgebung.

Sicherlich hat diese Aktion starken Symbolcharakter; vielleicht können solche Aktivitäten gerade deshalb erfolgreich sein. Die Leute können so persönlich deutlich machen, daß sie vom Wettrüsten genug haben.



G.M.Hütte

Der Gedanke einer atomwaffenfreien Zone ist nicht in GMHütte geboren und wir führen diese Aktion auch nicht allein durch.

Ähnliche Bestrebungen laufen in unserer Nähe zur Zeit in Bramsche, Osnabrück und Bielefeld.

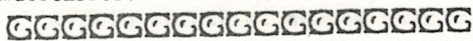
Zu atomwaffenfreien Zonen erklärt haben sich bereits per Ratsbeschuß die Städte 'Marl (1982), Mörfelden-Walldorf (1982), Kassel und der Kreis Groß-Gerau. Die Stadtverordnetenversammlung Nürnberg hat beschlossen, von sich aus keine Maßnahmen zur Aufstellung atomarer Waffen zu unterstützen. Aktionen und Diskussionen finden in zahlreichen weiteren Orten statt: Frankfurt, Düsseldorf, Hofgeismar, Bad Vilbel..... Interessant dabei ist, daß es bisher bei erfolgreichen Anträgen jeweils zu Beschlußfassungen mit den Stimmen der SPD und den Grünen kam.

Erheblich weiter sind in diesem sinne die Briten: Im Mai 1982 waren es in Großbritannien bereits 140 Kommunen, die sich offiziell zu atomwaffenfreien Zonen erklärt haben. Darunter z.B. die Stadt Manchester, das Land Wales und die meisten Teile von London. In Belgien sind 120, in den Niederlanden 80 Kommunen atomwaffenfreie Zonen. Aktionen zu diesem Thema laufen z.Zt. in etwa 15 Ländern (daß Ostblockländer darunter nicht sind, kann nicht weiter überraschen, Druck muß wohl von unserer Seite ausgehen).

Eigentlich ist es ja ganz einfach: Wenn sich alle Gebietskörperschaften (oder die Mehrheit von ihnen) zu atomwaffenfreien Zonen erklären, müßten doch eigentlich die Atomwaffen bei uns abgebaut werden. Eigentlich - doch auf den Willen der Bürger und zukünftigen Atomopfer haben Rüstungspolitiker und „Staatsmänner/Staatsfrauen“ ja noch nie Rücksicht genommen.

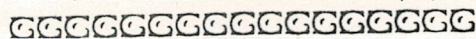
Trotz alledem:

- Haus für Haus, Straße für Straße,
 - Dorf für Dorf, Stadt für Stadt,
 - Land für Land, Kontinent für Kontinent
- atomwaffenfrei!



Besonders für die neuen Mitglieder unserer Ju-so-Gruppe und für alle, die vielleicht an einer zukünftigen Mitarbeit interessiert sind, machen wir einen Informations- und Kennenlern- und Klönabend! Jede(r) ist herzlich eingeladen!!!

25.2.; 19³⁰ Uhr; Gaststätte Heuer (Dröper)



Kommunalrecht

Ganz gewitzte Kommunalbeamte und -politiker (die nichts kapieren oder nichts kapieren wollen) versuchen, Beschlüsse zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen mit Hilfe des Kommunalrechtes zu stoppen.

Begründung dafür: Verteidigungspolitik ist Bundesangelegenheit, deshalb sind Kommunen dafür nicht zuständig (oh wenn es doch mit dem Atomkrieg auch so wäre!) Abgesehen davon, daß dieses Argument genauso lächerlich wie leider rechtlich 'richtig' ist, gibt es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1958, in dem festgestellt wird, daß eine Kommune sehr wohl entscheiden kann und zuständig ist, wenn sie selbst konkret betroffen ist.

Diese konkrete Betroffenheit wollen wir ja gerade deutlich machen.

Wie gesagt, wir sind betroffen, wenn es einen Atomkrieg gibt und wir alle miteinander versaftet werden. Wir sind betroffen, wenn in Borgholzhausen und Werlte Atomwaffen stehen. Wir sind betroffen, wenn solche Waffen oder Ausrüstungsgegenstände in unserer Nähe transportiert werden. Wir sind betroffen, wenn die SS 20, Cruise Missiles und Pershing II über uns hinwegrauschen. Wir sind betroffen vom radioaktiven Fallout. Wir sind betroffen, wenn Menschen durch kriegerische Handlungen irgendwo auf der Welt leiden, weil wir auch Menschen sind.

Wer diese Betroffenheiten leugnet oder nicht sieht, der hat weder aus der Geschichte etwas gelernt, noch versteht er die augenblickliche brisante Situation oder er hat Interessen im engeren oder weiteren Sinne, die ihm atomare Ausrüstung günstig erscheinen lassen.

Im übrigen interessieren uns solche rechtlichen Bedenken und Fußangeln überhaupt



„Klarer Fall! Erst müssen wir natürlich mal eine bösartige Geschwulst haben, ehe wir sie bekämpfen können!“

nicht. Wir werden entsprechend zu würdigen wissen, wer unsere Initiative im Rat oder außerhalb des Rates mit solchen Tricks zu Fall zu bringen versucht.

SPD zu Frieden?

Die Friedenstage der SPD-Gmhütte im letzten Oktober begannen mit einem Kulturabend im Jugendzentrum Alt-Gmhütte, wo mehrere Musikgruppen, u.a. die Friedenskottenband, spielten und Gedichte gegen den Krieg vorgetragen wurden.

Am darauffolgenden Dienstag ging es in der Realschule mit dem Film "Wargame" weiter. Dieser sehr beeindruckende Film zeigt die Folgen und Auswirkungen des Abwurfes einer Atombombe auf eine Stadt. Anschließend begann eine Diskussion mit einem Vertreter des Bundesverbandes für Selbstschutz. Zu diesem Filmabend kamen über 70 Leute, wir hatten mit höchstens der Hälfte gerechnet.

Dienstag bis Donnerstag fand in der Realschule auch eine Ausstellung statt, in der "Graphiken gegen Raketen" gezeigt wurden. Auch hier eine erfreuliche Besucherzahl.

Der Höhepunkt dieser Friedenstage, auch von der Besuchermenge her gesehen (es waren insgesamt an diesem Tag über 100 Personen erschienen!), war das Friedensforum. Dort waren Informationsstände z.B. der Arbeiterwohlfahrt, der Falken, der Gmhütter Friedensinitiative und der Jusos aufgebaut, selbst die Junge Union war vertreten. Ab 18 Uhr diskutierten Vertreter von CDU, Kolping, Jusos, Junger Union, Gmhütter Friedensinitiative und den Falken sowie Alfred Emmerlich als Vertreter der SPD

über ihre Auffassungen von Frieden und ihre Ansichten über die Erhaltung des Friedens.

Den Abschluß der Friedenstage bildete eine öffentliche Veranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Gerhard Schröder im Friesenhus. Dort referierte er seine Meinung über die Erhaltung des Friedens in Europa und der ganzen Welt. Dabei sprach er sich auch für Atomwaffenfreie Zonen als Symbole des Friedenswillens der Bevölkerung einzelner Gemeinden aus, die Initiative dazu müsse aber aus der Bevölkerung kommen und nicht von oben "beschlossen" werden.

Abschließend ist zu sagen, daß die Besucherzahlen dieser Friedenstage unsere Erwartungen weit übertroffen haben. Dies spiegelt ein gestiegenes Interesse der Menschen an Wegen und Möglichkeiten zur Erhaltung des Friedens wieder; die Menschen fühlen sich mit den bisherigen Friedens"erhaltern" nicht mehr sicher.

Leider bezieht sich die hohe Besucherzahl nicht auf unsere Partei. Ausgenommen einige Genossen, die auch sonst sehr aktiv in unserer Partei mitarbeiten, war die Beteiligung der SPD-Mitglieder geradezu beschämend. Wenn bei einer Diskussionsveranstaltung der SPD mehr Kolpingmitglieder und CDU-Leute erscheinen als Genossen, dann kann man sich denken, welcher Eindruck in der Öffentlichkeit entsteht. Einige Vorstands- oder Fraktionsmitglieder unserer Partei wurden nicht bei einer einzigen Veranstaltung der Friedenswoche gesehen! Ist etwa für den Großteil unserer Genossen "Frieden" ein uninteressantes Thema?

PLATTEN TIPS



BLACK & DREGGER

Kohl And The Gang

(Warner Brothers EK 1)

Eine noch relativ neue Formation, die jahrelang vergeblich auf einen Vertrag hoffte-und das zu Recht, wie diese LP beweist. Auf ganzlich verlorenem Posten steht Cabbage, der

treue Chef, den die eher profillose Band immer wieder zu stützen versucht. Der Drummer hackt dabei wie ein Zimmermann, jedes Heben der Hand kündigt an, daß er es mit dem Takt nicht allzu genau nimmt. Alles andere als ein wirklicher Arbeiter auch Flötist Little Flower, und die zweite Geige kommt aus dem Wackeln nicht heraus. Mit naiven bis markigen Texten werden im Grunde nichts als große Töne gespuckt. Es erhebt sich die Frage, wann das in München ansässige Management eingreift. Dieses Album wird jedenfalls-so die keinesfalls überraschende Firmenmitteilung-schon am 6.März wieder aus den Katalogen gestrichen.



Der Stein, der alles ins Rollen brachte, war ein Leserbrief des CDU-Ratsherren Michael Vogt in der NOZ, der sich mit der Ausländerfeindlichkeit befaßte. Daraufhin fragten wir Jusos bei der Jungen Union nach, ob das nun die spezielle Meinung von Michael Vogt sei oder ob die JU die gleiche Meinung habe. Daraus ergab sich eine gemeinsame Aktion, die etwas ungewöhnlich ist, weil wir sonst mit der Jungen Union (politisch gesehen!) nicht allzuviel gemein haben.

Unser Ziel ist es, Denkanstöße zu geben; wir wollen die Leute auffordern, sich mit dem Ausländerproblem zu befassen. Denn ein Hauptgrund der Ausländerfeindlichkeit ist, daß diese Menschen uns fremd sind; fremd in ihren Gewohnheiten, ihren Ansichten, in ihrer Religion. Diese Fremdheit macht sie uns angeblich unheimlich. Wir möchten die Leute auffordern und ermuntern, sich mit Ausländern zu befassen, denn dann lernt man vieles von dieser Fremdheit zu verstehen und zu akzeptieren. Typisch erscheint uns, daß die Leute über "die" Ausländer schimpfen, nicht über "den" Ausländer, der z.B. mit ihnen in der Fabrik arbeitet, der "Kumpel" ist natürlich in Ordnung.

Wir wollen auch darauf aufmerksam machen, wie weit schon diese Ausländerfeindlichkeit in unseren Alltag eingedrungen ist, z.T. schon unbewußt aufgenommen und verbreitet wird. Die auffälligsten Beispiele sind die Türken"witze" und Redewendungen wie "Ist diese Sache auch nicht getürkt?"

Schließlich soll auch ein Gegengewicht geschaffen werden gegen rechtsradikale Gruppen, die z.B. fordern: "Deutschland den Deutschen". Die Zustimmung zu solchen Forderungen ist bei der Bevölkerung gar nicht so unerheblich. Zwei Beispiele dazu:

- Franz Josef Möllenkamp bekam mit seinen Forderungen "Ausländerstop" und "Deutschland den Deutschen" bei der Kommunalwahl in Oesede 1981 über 200 Stimmen!
- In Kiel bekam eine "Liste", die sich gegen Ausländer richtete, über 3000 Stimmen. Unglaublich - aber wahr!

Diese ausländerfeindliche Stimmung ist in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Rezession besonders deutlich spürbar. Viele denken: Die Ausländer leben auf unsere Kosten, sie nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Dabei vergißt man:

- (1) Wir haben sie geholt; ohne die Gastarbeiter hätte es kein "Wirtschaftswunder" gegeben!
- (2) Sie arbeiten dort, wo die Arbeit hart, monoton und gesundheitsschädigend ist (in Bergwerken sind untertage bis zu 90 % aller Arbeiter Ausländer, ähnlich an den Fließbändern der Automobilindustrie!), Schickte man sie nach Hause, würden diese Plätze schlecht von heute auf morgen ersetzt werden können!

Unsere ersten Aktionen waren Flugblätter, die wir vor dem Schulzentrum, vor Klöckner und Wiemann verteilt haben. Darin bewiesen wir, daß Vorurteile wie: "Die Ausländer leben auf Kosten unseres sozialen Sicherungssystems" nicht stimmen.

Die Reaktionen darauf waren sehr unterschiedlich. Die Schüler benutzten die Flugblätter teilweise, um Straßen zu pflastern und Mülleimer zu füllen; einige jedoch haben die Flugblätter aufmerksam gelesen. Ähnlich war es bei Köckner und Wiemann. Auch dort gingen die Reaktionen von Beschimpfungen bis zum interessierten Lesen des Flugblattes. Der markanteste Spruch war: "Was soll ich mit Flugblättern? Wir brauchen wieder Adolf!"

Neben der Flugblatt-Aktion fand auch ein gutbesuchtes Treffen mit deutschen und ausländischen Jugendlichen im Jugendzentrum statt. Dort sprachen wir über die Probleme der Ausländer und hörten uns ihre Meinungen an. Dabei war auch Resignation zu hören, was z.T. eine Folge aus dem Verhalten von Deutschen ihnen gegenüber ist. Aber grundsätzlich ist bei ihnen ein Interesse und eine Teilnahmebereitschaft an dieser Aktion zu erkennen.

Weitere Treffen und neue Flugblätter sind für die Zukunft geplant...

JUNGE UNION & JUNG/SOZIALISTEN

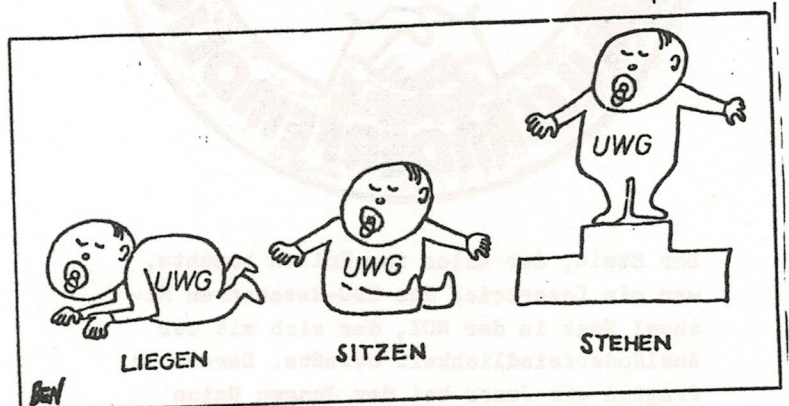
**Gemeinsam gegen
Ausländerfeindlichkeit**

Wie sich die UWG Zusammenarbeit ca. vorstellt

Auf eine dankenswerte Initiative der UWG hin wurde kurz vor der Abstimmung über die Mehrzweckhalle noch eine große Flugblattaktion gegen dieses Prestigeobjekt durchgeführt.

Daß die Aktion so spät kam ist der UWG nicht anzukreiden- wir hätten ja auch selber auf die Idee kommen können. Aber etwas anderes möchten wir doch zur Zusammenarbeit mit der UWG anmerken: Abgesehen davon, daß einige Grüne und UWG'ler SPD-Leute und damit auch uns vom hohen Roß her behandeln, da sie glauben, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben, sind auch ganz praktische Dinge zu kritisieren. Wenn wir vereinbaren, daß vor allen DM-Beträgen auf dem Flugblatt 'ca.' geschrieben wird, dann nehmen wir an, daß auch so verfahren wird. Auf dem fertiggedruckten Flugblatt war von einem 'ca.' überhaupt nichts zu sehen, das hatten die UWG-Verantwortlichen rotzfrech weggelassen. Außerdem war vereinbart, daß auf dem Flugblatt die Kosten für eine Sporthalle und für eine Mehrzweckhalle aufgeführt werden sollten, die auch vorher miteinander zu vergleichen wären. Auch diese Vereinbarung unterliefen die

UWG'ler, indem sie den Kostensatz für die Mehrzweckhalle künstlich hochschraubten, was der Sache nicht dienlich ist. Wir wollten mit ehrlichen Zahlen operieren! so, daß mußte mal gesagt werden. In der Sache Mehrzweckhalle nehmen wir nichts zurück; auch in Zukunft werden wir zusammenarbeiten, wenn sich das sach-



Entwicklungsphasen

lich ergibt. Wir erwarten jedoch, daß die UWG dabei die üblichen Gepflogenheiten akzeptieren, die im Umgang zwischen kritischen Leuten notwendig sind.

Who's who der Jusos G.M.H.

Wir haben in der letzten Zeit mit Freude festgestellt, daß sich zunehmend mehr Jugendliche für unsere Juso-Arbeit interessieren. Das hat sich auch bereits in unserer Mitgliederzahl niedergeschlagen. Um allen "Neuen" das Ansprechen und Kennenlernen zu erleichtern, hier einmal eine Liste der derzeit aktiven Jusos aus Gmhütte.

Brunsmann, Katja; Zum Tannenkamp 100; Tel.: 2830. Schülerin.

Brouwer, Annerose; Böttcherstr. 24; Tel. 40026. Krankenschwester; Stadtbezirksvorstand Oesede, Juso-Vertreterin in der SPD-Ratsfraktion.

Hengelbrock, Detlef; Kiewitsheide 9; Tel.: 41701. Chemielaborant, Gewerkschaft HBV, Ortsvereinsvorstand (Bildungsobmann), Stadtbezirksvorstand Oesede (Schriftführer), Mitarbeiter der SPD-Zeitung "GiG".

Hengelbrock, Klaus; Kiewitsheide 9; Tel.: 41701. Stadtbezirksvorstand Oesede, Juso-Vertreter im Ortsvereinsvorstand, Juso-Kassenwart.

Korte, Rainer; Feuerstätte 15; Tel.: 40031. Soziologe/Pädagoge, Gewerkschaft GEW. Juso-Vorsitzender; Stadtbezirksvorstand Oesede; Mitglied des Stadtrates.

Piek, Uschi; Weidenstr. 40; Tel.: 41340. Lehrling.

Raufhake, Herrmann; Rosenplatz 1; Tel.: 40716. Facharbeiter, Gewerkschaft IG Metall. Juso-Geschäftsführer.

Rodewald, Rainer; Frommeyerweg 9; Tel.: 32234. Psychologe.

Schürmeyer, Waltraud; Mühlenbreite 12; Tel.: 6238. Schülerin. Unterbezirksvorstand der Jusos (Finanzen und Schülerarbeit).

Spille, Uwa; Eichendorffweg 22; Tel.: 5264. Schüler. Juso-Vertreter im Stadtjugendring.

Thiede, Reinhold; Am Sundern 7; Tel.: (05409)1487. (angehender) Volkswirt. Ortsvereinsvorstand; "Pressesprecher" der Jusos; Chefredakteur der Juso-Zeitung ZdJ.

Wiek, Michael; Jakob-Kaier-Str. 2; Tel.: 41514. Schüler; Stadtbezirksvorstand Oesede.

Woike, Frank; Graf-Stauffenberg-Str. 43; Tel.: 41446. Schüler.

Kotnes uewuige

Mit ganz miesen Mitteln soll zur Zeit ein Ratsmitglied der UWG fertiggemacht werden. Die Rede ist vom Sprecher der UWG-Fraktion im Gmhütter Rathaus, Heinrich Bartelt. Ihm will das Straßenbauamt die Kosten für die "Räumung" des Hüttendorfes der A-33-Gegner in Holsten-Mündrup aufhalsen, die - je nachdem, was alles zu diesen Kosten gezählt wird - einige tausend bis ca. 100.000 DM betragen dürften.

Wir sind mit der UWG nicht immer einverstanden gewesen und haben uns über das Verhalten einiger ihrer Mitglieder bei der Flugblattaktion zu Siepelmeyers Mehrzweckhalle ziemlich geärgert (siehe den entsprechenden Artikel in dieser ZdJ), aber bei diesem massiven Einschüchterungsversuch gegen Heinrich Bartelt stehen wir voll hinter dem UWG-Ratsherrn.

Für die bei der "Räumung" entstandenen Kosten ist Heinrich keineswegs verantwortlich. Der Leiter des Straßenbauamtes, Herr Rothe, hat natürlich gewußt, daß sich in den naßkalten November- und Dezembertagen keine Leute in dem Hüttendorf mehr aufhielten. Warum er trotzdem 300 Polizisten in Gang setzte, um das menschenleere Hüttendorf zu räumen, wird wohl sein Geheimnis bleiben, vielleicht wollte er so in die Schlagzeilen der BILDungs-Presse eingehen: "Startbahn-West-Verhältnisse in Holsten-Mündrup" oder so...

Die Kosten, die durch diesen vollkommen unnötigen Polizeieinsatz entstanden, - so knappe 100.000 Mark!- hat also einzig und allein Herr Rothe zu verantworten. Das hätte ihm auch überhaupt nichts ausgemacht

DIE GROSSEN FRESSEN

Den folgenden Artikel übernehmen wir aus dem "Sprachrohr", der Zeitung der Katholischen Jugend Kloster-Oesede:

Die Überprüfung der Stadtkasse durch die Bezirksregierung brachte folgende Ausgaben des Rates an den Tag:

"Jahresabschlußfahrten"

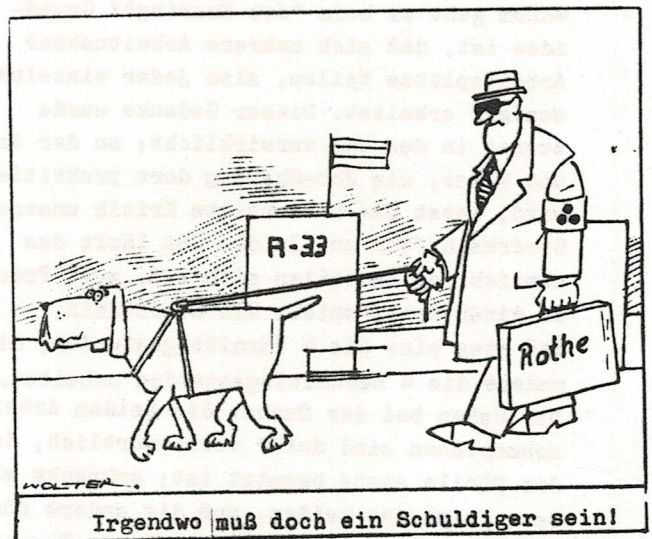
- 2.500 DM (1978)
- 1.300 DM (1979)
- 1.700 DM (1980)

"Besichtigungsfahrten"

- 1.100 DM (72 Eintrittskarten für den "Zigeunerbaron")
- 3.000 DM (anschließende Ausgaben für Speisen und Getränke)
- 3.700 DM (102 Eintrittskarten für ein James-Last-Konzert)
- 5.900 DM (anschließende Ausgaben für Speisen und Getränke)

- zahlt ja eh' alles der Steuerzahler - wenn nicht auch seine Absicht, als wackerer Streiter gegen die wilden Chaoten in die Geschichte einzugehen, so schmachlich mißlungen wäre. Ganz Kloster-Oesede lachte nämlich inzwischen bei der Vorstellung, wie 300 Polizeibeamte sich vorsichtig an das menschenleere Hüttendorf anpirschen. Auch die tagelange Sperrung der Straße Gmhütte-Voxtrup und die Abriegelung des gesamten Waldstückes in Holsten Mündrup sorgten für höhnische Bemerkungen. Um von seinem Fehlverhalten abzulenken, suchte Rothe nun wohl einen Sündenbock - und fand ihn in Heinrich Bartelt. Der hatte schließlich in der Presse die Besetzer mehrmals ausdrücklich unterstützt und außerdem sind diese Grünen den Autobahnbauern ja sowieso nicht sehr sympathisch...

Wir Jusos stehen in dieser Frage voll hinter dem UWG-Ratsherrn. Das Straßenbauamt pickt sich hier einen Sündenbock heraus, um alle anderen Autobahngegner von Protesten gegen den unsinnigen Bau der A-33 abzuschrecken. Wir werden alles daransetzen, damit diese Taktik nicht gelingt!



(Anmerkung: Der Rat hat 39 Mitglieder!!!)
Das Prüfungsamt stellte klar, daß kein Zusammenhang mit der Ratstätigkeit vorhanden ist, für die die Ratsvertreter ja ohnehin schon Gelder erhalten und derartige Festigkeiten deshalb nicht aus Steuergeldern bezahlt werden dürfen. (...) Nicht unerwähnt soll das Beispiel eines Ratsherrn bleiben, der die für ihn aufgewendeten Kosten für Vergnügungen in den letzten Jahren jeweils an die Stadt zurückzahlte.

Sind Arbeitsplätze teilbar?

Dieser Artikel gibt eine Meinung wieder, die innerhalb unserer Jusos-AG umstritten ist und sicher bei vielen SPD-Genossen und Gewerkschaftlern Widerspruch auslösen wird. Über Zuschriften zu diesem Thema würden wir uns freuen.

"Job-Sharing", übersetzt etwa "Arbeitsplatz-Teilung", ist in den vergangenen Monaten zu einem Reizthema in der politischen Diskussion unseres Landes geworden. Innerhalb unserer Partei und der Gewerkschaften grenzt es beinahe an politisches Harakiri, über diese Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung überhaupt zu diskutieren; die Tabuisierung des Themas ist vollkommen.

Dieses Verhalten der beiden großen Arbeitnehmerorganisationen hat etwas gespenstiges angesichts des immer größeren Arbeitslosenheeres und der besonderen Arbeitsmarktprobleme der sog. "Problemgruppe" Frauen. Haben wir denn so viele bessere und auch durchsetzbare Möglichkeiten, um wenigstens einem Großteil der 2,5 Millionen Arbeitssuchenden einen Job zu verschaffen, daß wir eine Form der Arbeitszeitverkürzung einfach aus der Diskussion ausschließen können?

Worum geht es beim "Job-Sharing"? Grundidee ist, daß sich mehrere Arbeitnehmer Arbeitsplätze teilen, also jeder einzelne weniger arbeitet. Dieser Gedanke wurde zuerst in den USA verwirklicht; an der Art und Weise, wie Job-Sharing dort praktiziert wird, setzt die berechtigte Kritik unserer Gewerkschaften an. In den USA läuft das nämlich so: Es teilen sich z.B. zwei Frauen einen Arbeitsplatz als Sekretärin, so daß etwa eine die 4 Vormittagsstunden, die andere die 4 Nachmittagsstunden arbeitet. Der Haken bei der Sache: die beiden Arbeitnehmerinnen sind dafür verantwortlich, daß die Stelle stets besetzt ist; erkrankt also bspw. eine der beiden, muß die andere für die Erkrankte "mitarbeiten". Beide Frauen sind also völlig voneinander abhängig, während der Unternehmer sich über die viel geringeren Ausfallzeiten freut. Darüberhinaus haben die beiden Frauen schwerwiegende rechtliche Nachteile, so genießen z.B. Arbeitnehmer, die nicht Vollzeit-Beschäftigte sind, einen sehr viel schlechteren Kündigungsschutz.

Es stimmt also, in Amerika führt Job-Sharing zu vielen Nachteilen für die Arbeitnehmer. Aber muß man darum die Arbeitsplatz-Teilung völlig ablehnen? Kann man nicht die aus den USA bekannten Mißbräuche bei uns gesetzlich ausschließen, indem man z.B. den Kündigungsschutz für Teilzeit- und

Vollzeitarbeiter angleicht? Und warum sollte es nicht auch möglich sein, das Risiko des Arbeitsausfalls wegen Krankheit gesetzlich auf den Arbeitgeber zu übertragen?

Häufiger Einwand ist auch, daß bei Job-Sharing die Beschäftigten ja nur noch einen "halben" Arbeitsplatz und daher auch nur noch das "halbe Geld" hätten. Dies sei aber für viele nicht finanziell zu verkraften. Auch dieses Argument zieht nicht. Einmal besteht ja die Möglichkeit, daß in Familien, in denen bislang der Mann einziger Verdienener war, Mann und Frau jeweils einen "halben" Arbeitsplatz übernehmen und dadurch - bei etwa gleichem Familieneinkommen - viel mehr gemeinsame Zeit hätten. Für Familien mit Kindern würde das bedeuten, daß Mann und Frau sich Kinderbetreuung, Hausarbeit und Berufstätigkeit gerecht aufteilen könnten:

Ein Stück mehr Gleichberechtigung.

Die Rolle der Frau, die mit jedem Kind mehr angenommen wird, würde weniger festgeschrieben sein. Eine Chance für Frauen, wenigstens zeitweise Kinder und Haushalt dem Mann zu überlassen und für die Verwirklichung ihrer im Grundgesetz verankerten Rechte zu streiten.

Weiter muß es ja nicht so sein, daß zwei Arbeitnehmer sich einen Arbeitsplatz teilen und so jeder nur noch die Hälfte arbeitet und verdient. Job-Sharing ist ja auch vorstellbar, indem 3 Leute sich 2 Arbeitsplätze teilen oder 4 Leute 3 Arbeitsplätze. Der Verdienstausschlag ist dann entsprechend geringer. Schließlich wird Job-Sharing ja auch nicht als Pflicht für alle Arbeitnehmer vorgeschlagen, sondern als Möglichkeit. Wer also glaubt, nicht für mehr Freizeit auf einen Teil seines Einkommens verzichten zu können, der braucht das natürlich nicht. Aber warum will man denen, die dazu bereit sind, diese Möglichkeit nicht gewähren? Ich glaube, daß gerade Frauen und ältere Arbeitnehmer die Alternative Job-Sharing sehr attraktiv finden werden.

Lassen wir uns deshalb von den negativen Erfahrungen in den USA nicht abschrecken, durch geeignete gesetzliche Maßnahmen läßt sich zweifellos sicherstellen, daß Teilzeit- und Vollzeit Arbeitskräfte gleiche Rechte und Pflichten erhalten. Job-Sharing als eine Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung einfach abzuschreiben, können wir uns angesichts der heutigen Arbeitsmarktlage und angesichts des Interesses vieler Menschen an mehr Freizeit meiner Meinung nach einfach nicht leisten.

Wenn alle Nachteile steuerlicher, arbeitsrechtlicher und versicherungsrechtlicher Art, die die amerikanische Form des "job-sharing" hat, beseitigt sind, haben wir gewöhnliche Teilzeitarbeit. Warum nennen wir das denn nicht so? Wozu die Ideologie des "Teilens" und "Abgebens", den Appell an die Moral und was sonst noch alles im "sharing" mitschwingen mag, weitertransportieren? Arbeitszeitverkürzung tut not, bei unteren Einkommenschichten und bei vollem Lohnausgleich!

Gerd Brouwer

Was meinen sie dazu?

Schreiben sie noch heute an:

本刊#号
625第期之初
人民画报

oder wenden sie sich
direkt an:

毛泽东

Man kann natürlich auch schreiben an:
Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, GmHütte

Kohl über den Kampf mit den Elementen

»Wir wollen den Sozialismus bekämpfen, zu Lande, zu Wasser und in der Luft.«

Die Zeit, 2. 7. 1976



Demnächst in diesem unserem Lande?

Nachhilfe

Nach der letzten Sitzung unseres Arbeitskreises gegen Ausländerfeindlichkeit (Junge Union und Jusos) hatten wir zu einem völlig anderen Problem eine (faire) Auseinandersetzung mit den Kollegen von der anderen Seite. Von der Jungen Union wurde nämlich behauptet, die Falken seien eine DKP-nahe Organisation und wären in diesem Sinne auch im Verfassungsschutzbericht 1979 aufgeführt.

Nun ist es uns zwar ziemlich gleichgültig, ob wir sozialistischen Gruppen im Verfassungsschutzbericht begutachtet werden - diese sogenannten Verfassungsschützer sind aus unserer Sicht eher eine Gefahr als ein Schutz für unsere Verfassung. Wir meinen aber, daß solche Fehlinformationen doch typisch sind für Teile des rechten politischen Spektrums: Fehlende oder falsche Informationen führen dazu, daß Vertreter solcher politischer Strömungen irgendwann mal auf ihre eigene Propaganda reinfallen. Deshalb in aller Freundschaft zur Richtigstellung:

SJD - Die Falken (= Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken); unabhängige, der SPD nahestehende Jugendorganisation; Mitglied im Bundesjugendring und im hiesigen Stadtjugendring; Falken sind z.T. Mitglieder der Jusos und

Jungsozialisten (= Jugendorganisation der SPD, auch Jusos genannt); Mitglied sind alle SPD-Mitglieder bis 35 Jahre; politisch ein Teil der sozialistischen Strömung in der SPD.

DKP (= Deutsche Kommunistische Partei); moskauorientierte, orthodoxe Partei, die sich gegenüber allen Vorgängen im Ostblock durch völlige Kritiklosigkeit auszeichnet.

SDAJ (= Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend); formal von der DKP unabhängig, faktisch jedoch die Jugendorganisation der DKP.

Junge Pioniere (= Kinderorganisation der DKP); gibt es unter gleichem Namen auch in der DDR.

MSB Spartakus (= Marxistischer Studentenbund Spartakus); Studentenverband der DKP.

SHB (= Sozialistischer Hochschulbund); ehemals Studentenorganisation der SPD, heute unabhängig; Mitglieder sind etwa zur Hälfte Jusos.

So, das wäre ein kleiner Nachhilfekurs. Auf Wunsch bringen wir gern auch noch Informationen über andere linke, dogmatische, undogmatische, spontaneistische usw. Organisationen.

Übrigens: Wir Jusos sind und bleiben ein undogmatischer, kritischer, sozialistischer und marxistischer Teil der SPD (für die, die das verdrängen!).

Der Popanz der Unregierbarkeit

Von Albrecht Müller

Albrecht Müller, 44. Politologe und Volkswirt, war unter Willy Brandt und Helmut Schmidt von 1973 bis 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt.

Ein Stoßseufzer der Erleichterung ging durch unser Land, als am Abend des 19. Dezember 1982 gewiß war, daß man bei der Bildung des Hamburger Senats auf die Grün-Alternativen nicht angewiesen sein werde.

Gott sei Dank – so klang es in den meisten Kommentaren nach der Wahl –, Hamburg ist die „Hamburger Verhältnisse“ los. Hamburg ist wieder regierbar. Das „Böse“ ist besiegt. Dank dem Wähler.

An den meisten Stellungnahmen fällt die fast psychopathische Fixierung auf das Thema „Unregierbarkeit“ auf. Der Stoßseufzer der Erleichterung über das Hamburger Ergebnis wird verbunden mit der Warnung vor „Hamburger Verhältnissen“ in Bonn.

Das sind Warnungen vor einem ziemlich nahen „Unheil“. Immerhin ist ein Ergebnis, das der gegriffenen Konstellation A in der folgenden Tabelle entspricht, eines von zwei sehr wahrscheinlichen:

	Konstellation A*	Konstellation B*
CDU+CSU	47,0	47,0
SPD	43,3	43,9
Grüne	5,4	4,8
FDP	3,5	3,5
Sonstige	0,8	0,8

Ergebnis A hieße: Die FDP wäre nicht mehr im Bundestag; rechnerisch hätten SPD und Grüne zusammen mit 48,7 Prozent eine Mehrheit über CDU und CSU mit 47 Prozent.

Das ist der Alptraum der meisten Kommentatoren von der „Welt“ („Verweigerungsmehrheit“) über die „Zeit“ („Drohende Unregierbarkeit in Bonn“) bis zur „Süddeutschen Zeitung“ („Es wäre natürlich ein politischer Treppwitz, wenn sich ‚Hamburger Verhältnisse‘ im Bundestag einstellen würden“).

Viele, viele warnen: Nicht nur Kohl und Genscher, die ihre Plakate und An-

* Die gedachten Ergebnisse sind der Anschaulichkeit wegen in Ziffern ausgedrückt. Die Ziffern sind auf der Basis von Umfragen und letzten Wahlergebnissen geschätzt.

zeigen rot/grün malen wollen. Auch der IG-Metall-Vorsitzende Loderer zum Beispiel. Der Spitzenkandidat der SPD, Hans-Jochen Vogel, träumt ebenfalls wahrscheinlich nicht gerade davon, sich mit Hilfe von grünen Abgeordneten zum Kanzler wählen zu lassen. Ohne Zweifel wäre eine Konstellation mit einer knappen rechnerischen Mehrheit für SPD und Grüne als Ergebnis der Wahl vom 6. März problematisch.

Aber – so ist zu fragen – welche Konstellation ist, welche war eigentlich nicht problematisch? Wo gibt es denn überhaupt unproblematische politische Konstellationen? Viele westliche Völker haben sich in letzter Zeit „regierungsfähige“ Mehrheiten gewählt und dabei ob-skure politische Ergebnisse eingehandelt:

Israel wählte Begin und den Libanon-Krieg, Großbritannien wählte Thatcher und einen makabren Krieg im Südatlantik. Die USA wählten Reagan und 12 Millionen Arbeitslose sowie eine drohende Hungersnot in Detroit.

Würden die Deutschen am 6. März eine Gesetzgebungsmehrheit links von CDU und CSU wählen, dann wäre das sicherlich kritische Anmerkungen wert. Aber die Klagen über diese mögliche Konstellation sind zu laut und zu aggressiv, um nicht Verdacht zu wecken.

Soll die Aggressivität gegen eine mögliche neue politische Konstellation die immer sichtbarer werdenden Schwächen bisheriger politischer Entscheidungsabläufe vergessen machen? Will man nicht zugeben, daß die Vernunft sehr oft spazieren geht, wenn politische Entscheidungen getroffen werden?

Um das nicht eingestehen zu müssen, mißt man mit zweierlei Maß. Man sagt zum Beispiel: Unser Land werde unregierbar mit einer rot-grünen Mehrheit; denn die Grünen seien nicht kompromißfähig und nicht bereit zur Verantwortung, nicht verläßlich und berechenbar, sie seien dogmatisch und rigoros in ihren Zielen.

Das mag ja alles stimmen. Aber: Man liegt die gleiche Elle nicht auch an frühere und jetzige Bonner Bündnisse und deren Entscheidungen. Tun wir das einmal:

Kompromißfähigkeit wird gefordert. Gut so. Aber wo blieb sie zum Beispiel in den letzten zwei Jahren? Es gehörte ja schon zum politischen Ritus, gegen etwas zu sein, weil der politische Gegner oder gar der Partner dafür war: aus Daffke sozusagen.

Auf weiten Strecken finden wir den gleichen zwanghaften Ablauf. Zum Beispiel: Die SPD schlägt zur Finanzierung einer beschäftigungspolitischen Initiative im Winter 81/82 eine Mehrwertsteuererhöhung vor. Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat lehnt das ab. Der blanke Opportunismus dieses Neins wird nach

dem Regierungswechsel offenbar: Die Mehrwertsteuererhöhung wird sofort beschlossen.

Ein ähnliches Bild bei der Ergänzungsabgabe, bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, bei den immer wiederkehrenden Versuchen, die Nettokreditaufnahme im Haushalt realistischer einzuschätzen.

So hat nicht nur mangelnde Kompromißbereitschaft, sondern – noch schlimmer – eine opportunistische Lust am Mißerfolg des politischen Gegners und Partners die wirtschaftliche Krise verschärft, Tausende den Arbeitsplatz gekostet.

Abkehr vom Dogmatismus verlangen wir – von den Grünen. Gut so. Aber: dogmatische Versessenheit auf eine wirtschaftspolitische Theorie zum Beispiel hat die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf unser Land unverantwortlich verschlimmert. Graf Lambsdorff hat, möglicherweise wider besseres Wissen, jedenfalls wider besseres Wissen seiner Fachleute, dogmatisch versessen das Heil in einer beschäftigungspolitischen Maßnahme gesucht: Er wollte das Vertrauen der Investoren wiederherstellen.

Der Blick für die banale beschäftigungspolitische Grundregel, daß kaum jemand investiert, wenn er seine Produkte nicht absetzen kann, wenn also die Nachfrage fehlt, war verstellt. Es gehört ins Bild der maroden politischen Entscheidungsabläufe, daß sich auch sozialdemokratische Regierungsmitglieder den publizistisch gängig gemachten Dogmen beugten und sie nachsagten.

Es paßt ins Bild vom eigenartigen Zustand der veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik, daß der für eine nachweislich dogmatische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre und damit auch für zweieinviertel Millionen Arbeitslose zuständige Wirtschaftsminister Lambsdorff wegen dieser Sache fast keinen öffentlichen Schaden genommen hat und reibungslos in die neue Regierung übernommen worden ist; so als sei nichts geschehen, so als hätte sich in den letzten beiden Jahren nicht immer er mit seiner Linie, sondern die Sozialdemokraten mit Beschäftigungsprogrammen durchgesetzt.

Bereitschaft zur Verantwortung verlangen jene heute von den Grünen, die möglicherweise händereibend dabei saßen, als mit periodisch wiederkehrenden Steuergeschenken auch in guten Zeiten die Defizite vermehrt wurden. Strauß aus Sonthofen stand da meist Pate.

Was war, was ist „verantwortlich“ an den bewußten Fehleinschätzungen des Energiebedarfs, was am scheinbarweisen Servieren neuer Kostenschätzungen für den Schnellen Brüter?

Verläßlichkeit, Berechenbarkeit, Beständigkeit wird von den Grünen verlangt.

Gut so. Aber, das weiß ja inzwischen jeder: Genscher hat 1980 für vier weitere Jahre mit Bundeskanzler Schmidt Stimmen gesammelt und dann vom Tag nach der Wahl an begonnen, dem Land zu einem anderen Kanzler zu verhelfen.

Verlässlichkeit – die FDP ließ den gemeinsamen Kanzler sowohl 1976 als auch 1980 erklären, die Bundesregierung trete für das publizistische Gleichgewicht zwischen privater Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk ein. Aber Genscher hat während dieser ganzen Zeit unter der Hand unentwegt gegen die gemeinsame Regierungserklärung gearbeitet: für kommerziellen Rundfunk, vor allem für seine Freunde bei Radio Luxemburg und bei Springer.

Wer die Mehrheit links von der CDU/CSU als Ergebnis der Wahl vom 6. März fürchtet, der muß sich auch die wahrscheinlichen Alternativen ansehen und sie mit der gleichen Elle messen.

Eigentlich gibt es nur ein zweites ähnliches oder eher noch wahrscheinlicheres Ergebnis als die Konstellation A: die absolute Mehrheit von CDU und CSU.

Die Konstellation B liegt nach Ziffern dicht an der ersten, nur durch eine Verschiebung von 0,6 Prozent zwischen SPD und Grünen getrennt. Ist das keine *problematische* Konstellation? Ist das der Traum der um die Regierbarkeit besorgten Zeitgenossen?

Mag sein. Mag sein, daß es inhaltliche Gründe gibt, ein solches Ergebnis zu wünschen. Darüber, über die inhaltlichen Pros und Kontras der möglichen Ergebnisse würden wir ja gerne diskutieren.

Aber die Warnungen vor den Hamburger Verhältnissen in Bonn, diese Fixierung auf eine regierungsfähige Mehrheit, gleichgültig, welche Inhalte sie zustande bringt, drohen gerade die notwendige Debatte um Inhalte zu blockieren.

Dabei wäre es nötiger denn je, darüber zu sprechen, wie wir die sich aufdringenden Probleme unserer Zeit lösen. Zu vieles ist schon schiefgelaufen. Zu deutlich sind die Irrationalismen politischer Entscheidungsfindung in den westlichen Demokratien, als daß man sich mit der Aussicht auf eine formal komfortable Mehrheit zufriedengeben könnte.

Mich schreckt die Aussicht auf die Fortsetzung der jetzigen Regierungskoalition oder einer kleinen Koalition aus CDU und CSU, weil es dort zur Zeit keinerlei Ansätze zur Korrektur von schlimmen Fehlentwicklungen gibt, dafür aber Anzeichen für neue Irrationalismen:

Man streicht den Schülern das Bafög, um für den Bund 1983 damit 200 Millionen Mark zu sparen. Gleichzeitig setzt man die Subvention der Produktion eines einzigen Flugzeugs unreflektiert fort

Die Subvention des Airbus kostet mit rund sieben Milliarden Mark etwa genausoviel, wie das ganze Schüler-Bafög bis zu seinem Tode gekostet hat. Hier wird eine wichtige Reform zur größeren Chancengleichheit kühn gestrichen, dort eine unrentable Subvention locker fortgesetzt.

Die strukturellen Hintergründe sind hier wie anderswo leicht durchschaubar: Der Airbus hatte mit Strauß im Aufsichtsrat und Freunden quer durch alle Parteien und Regionen eine starke Lobby und Geld genug, seinen angeblichen Erfolg in allen Gazetten schönzufärben: Schätzungsweise glauben auch acht von zehn SPIEGEL-Lesern, er fliege Gewinn ein. Es ist das Pech der Kinder von Arbeiterfamilien, daß sie nicht eine ebenso gute Lobby für ihr Bafög haben.

Die Vernunft – die konservative, die progressive und meineteilen auch die liberale Vernunft – würde gebieten, sorgsam mit unseren Ressourcen und pfleglich mit der Natur umzugehen.

Das Gegenteil geschieht: Der wirtschaftlich widersinnige Rhein-Main-Donau-Kanal wird weitergebaut; statt 7000 sollen 11 000 Autobahn-Kilometer unser Land vernetzen; nichts Entscheidendes geschieht gegen die überzogene Chemisierung der Landwirtschaft.

Wohlgemerkt: Das sind durchgängig Entscheidungen einer satten Mehrheit. Von Hamburger Verhältnissen keine Spur und doch miserable Ergebnisse.

Satte Mehrheiten haben uns auch die Hypotheken der Vergangenheit zum Erbe hinterlassen. Zum Beispiel die unsäglichen überzogenen Verwaltungsreformen. Zum Beispiel fast überall phantasielose, maßlose Flurbereinigungen: kein Baum, kein Strauch, kein Vogel, keine offenen Bäche, kein Lurch.

Die Vernunft würde den Verantwortlichen gebieten, pfleglich mit der Persönlichkeit der ihnen anvertrauten Menschen umzugehen, menschliche soziale Strukturen zu erhalten, den Menschen Luft zu lassen. Das Gegenteil geschieht: Die Republik wird fernsehverkabelt, das Satellitenfernsehen beschleunigt. Beides mit hohen Subventionen. Milliarden öffentlichen Geldes werden bereitgestellt, um 12, 20, 30 Programme und ihre Kommerzialisierung möglich zu machen.

Auch hier ist die Schwäche des politischen Entscheidungssystems deutlich zu erkennen: Private Interessen der handelnden Personen, sichtbare Interessen der sie stützenden Großverlage am Durchbruch zum kommerziellen Fernsehen und Hörfunk entscheiden. Dem wird auch hemmungslos konservatives Ethos geopfert.

Die maßlose Fehlinvestition in Kabeln zu Lasten der Seele und des Geldbeutels der Menschen wird ethisch verklärt mit

dem Hinweis auf neue Arbeitsplätze. Es wird mit übertriebenen falschen Zahlen hantiert. Verschwiegen wird selbstverständlich, wie viele nützliche Dinge und zugleich Arbeitsplätze man mit dem gleichen Geld schaffen könnte.

Vernunft würde gebieten, sich aus dem Würgegriff der EG-Agrarsubventionen zu lösen. Vernunft würde gebieten, endlich ein neues Bodenrecht zu schaffen, das die Spekulation eindämmt. Statt dessen heizt man mit der Neuregelung der Grunderwerbsteuer die Spekulation an und bittet den Mieter zur Kasse.

Die Vernunft war schon häufig dabei, sich zu verabschieden; jetzt hat sie es fürs erste getan. Damit es keiner recht merkt, sollen wir einen Wahlkampf über ein Phantom miterleben, über die angebliche Unregierbarkeit der Republik, die durch eine Gruppe junger Leute im Parlament entstehen könnte.

Es wäre wirklich ein Treppenwitz, wenn das gelänge, wenn sich der Wahlkampf auf die angeblich rot-grüne Gefahr konzentrierte, statt die eigentlichen Gefahren für unser Land zur Diskussion zu stellen.

Warum diskutieren wir im Wahlkampf nicht darüber, was das parlamentarisch-demokratische System wirklich diskreditiert:

- ▷ die skizzierten Defizite, die Mängel im System der Entscheidungsfindung,
- ▷ der inhaltslose Opportunismus vieler Politiker, vor allem jener, die sich so eifrig zur sogenannten Mitte rechnen,
- ▷ die Perversion des Konservatismus zur Prinzipienlosigkeit,
- ▷ die Verflechtung von privatem Interesse und Politik, der Skandal um die Spenden von Flick und die Steuerbefreiung nach Paragraph 6 b.

Die Regierungsfähigkeit des jetzigen „Garanten“ der Regierbarkeit – der FDP – zeichnet sich offenbar dadurch aus, von Flick Geld zu nehmen und sich dennoch davon in seinen Entscheidungen über die Anwendung des Paragraphen 6 b des Einkommensteuergesetzes in keiner Weise beeinflussen zu lassen. Das ist in der Tat hohe Regierungskunst, derer die Grünen nicht fähig wären.

Die demokratische Qualität des kommenden Wahlkampfes wird im übrigen an diesem Vorgang ablesbar sein: Nennt man das am 6. März immer noch „hohe Regierungskunst“ oder nennt man es einen „Skandal“.

SPIEGEL Essay

BÜRGERANTRAG

Nach § 22a NGO stellen die Unterzeichner folgendes Begehren an den Stadtrat der Stadt Georgsmarienhütte zur Beschlußfassung:

Die Stadt Georgsmarienhütte erklärt hiermit ihren Willen, weder heute noch in Zukunft der Lagerung, Aufstellung oder dem Transport atomarer und chemischer Waffen auf ihrem (über ihr) Stadtgebiet zuzustimmen.

Die Stadt Georgsmarienhütte wird ebenso keine Maßnahmen im Rahmen des atomaren Zivilschutzes ergreifen oder unterstützen.

Städte, Kreise und Gemeinden in der näheren und weiteren Umgebung werden aufgefordert, ebenfalls einen solchen Beschluß zu fassen.

Begründung:

1. Im Falle eines atomaren oder chemischen Krieges sind alle Kommunen betroffen, auch die Stadt Georgsmarienhütte. Mit diesem Beschluß soll ein kleiner Beitrag zur Verhinderung eines solchen Krieges geleistet werden.
2. Dieser Beschluß soll ein symbolischer Beitrag sein, um dem Wetttrüsten in aller Welt entgegen zu treten. Dadurch soll auch ein Beitrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Europa erbracht werden.
3. Zivilschutz, der über reinen Katastrophenschutz hinausgeht, läßt einen Atomkrieg als führbar erscheinen und erhöht damit die Kriegsgefahr. Aus diesem Grunde und aufgrund der Tatsache, daß es im Atomkrieg keinerlei Schutz gibt, lehnen wir diese Art von Zivilschutz ab.
4. Da die Stadt Georgsmarienhütte nicht allein betroffen ist, werden auch andere Kommunen zu Beschlüssen in diesem Sinne aufgefordert.

Nach § 22a, (2) NGO werden als Vertreter der Unterzeichner be-

- nannt: 1. Reinhold Thiede
2. Bruno Rothe
3. Jutta Bartholomäus

Kosten entstehen durch diesen Bürgerantrag nicht.

	Name	Vorname	Straße	Geb.-Datum	Unterschrift
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
8.					
9.					
10.					

Bitte einsenden an: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, 4504 Gmhütte

BÜRGERANTRAG

Nach § 22a (2) WGO werden als Vertreter der Untereinheit bezeichnet:

1. Die Stadt Georgsmarienhütte erklärt hiermit ihren Willen, weder heute noch in Zukunft der Lagerung, Aufstellung oder dem Transport atomarer und chemischer Waffen auf ihrem (über ihr) Stadtgebiet zuzustimmen.
 Die Stadt Georgsmarienhütte wird ebenso keine Maßnahmen im Rahmen des atomaren Zivilschutzes ergreifen oder unterstützen.
 Städte, Kreise und Gemeinden in der näheren und weiteren Umgebung werden aufgefordert, ebenfalls einen solchen Beschluß zu fassen.

Beurkundung:

1. In Falle eines atomaren oder chemischen Krieges sind alle Kommunen betroffen, auch die Stadt Georgsmarienhütte. Mit diesem Beschluß soll ein kleiner Beitrag zur Verhinderung eines solchen Krieges geleistet werden.
2. Dieser Beschluß soll ein symbolischer Beitrag sein, um dem Waffentest in aller Welt entgegen zu treten. Dadurch soll auch ein Beitrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Europa erbracht werden.
3. Zivilschutz, der über reinen Katastrophenschutz hinausgeht, läßt einen Atomkrieg als Führung erscheinen und stützt damit die Kriegsgelüste. Aus diesem Grunde und aufgrund der Tatsache, daß es im Atomkrieg keinerlei Schutz gibt, lehnen wir diese Art von Zivilschutz ab.
4. Da die Stadt Georgsmarienhütte nicht allein betroffen ist, werden auch andere Kommunen zu Beschlüssen in diesem Sinne aufgefordert.

Nach § 22a (2) WGO werden als Vertreter der Untereinheit bezeichnet:

1. Reinhold Triebel
2. Bruno Rohde
3. Jutta Bartholomäus

Kosten entstehen durch diesen Bürgerantrag nicht.

Name	Vorname	Strasse	Geb.-Datum	Unterschrift
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				
9.				
10.				

WIRTSCHAFTS Essay

Die demokratische Qualität des modernen Wahlkampfes wird im folgenden an diesem Vorgang ablesbar sein. Meint man das am 6. März immer noch „hohes Regierungsniveau“, oder meint man es vom „Standort“?

Dabei wird es nötiger denn je, darüber zu sprechen, wie wir die sich aufeinanderwärtigen Probleme unserer Zeit lösen. Zu vielen ist schon bekannt, daß die politische Führung der Institutionen politischer Entscheidungsfindung in der westlichen Demokratie, als daß man sich mit der Aussicht auf eine formal korrekte, laide Maßnahme zufriedengeben könnte.

Man spricht von Schäden der Bildung für den Bund: 300 Millionen jährlich in einem Durchschnitt von nur 100 Millionen für die Produktion eines einzigen Flugzeuges. Umfassen die Schäden der Bildung für den Bund: 300 Millionen jährlich in einem Durchschnitt von nur 100 Millionen für die Produktion eines einzigen Flugzeuges.

Die Regierung wird gebildet, sich aus dem Wagnis der DG-Aktionen heraus zu lösen. Wenn man sich jedoch nicht ein neues Bekenntnis zu schaffen, das die Spekulation einstellt, stellt dessen Kern mit der Herangehensweise der Grundwissenschaften die Gefahr an und bietet den Mittel zur Klasse.

Die Vermutung war schon häufig dabei, sich zu verschließen, jetzt hat sie für das erste gute Danks an keiner recht meist, sollen wir einen Wahlkampf führt ein Phänomen entstehen, über die angebliche Unabhängigkeit der Republik die durch eine Gruppe junger Leute im Parlament entstanden könnte.

Es wäre wieder ein Trippelwitz, wenn das gelang, wenn sich der Wahlkampf auf die angeblich für diese Gelehrten ist, sind die eigentlichen Gefahren für unser Land zur Diskussion zu stellen.

Worum diskutieren wir im Wahlkampf nicht darüber, was das parlamentarisch-demokratische System wirklich darstellt:

Die meiste Föhninvestition in Kabinen zu Lasten der Seele und des Gedächtnisses der Menschen wird etwisch verteilt mit schon Einrichtungen, die sich zu erkennen: Private Interessen der deutschen Parteien, welche Interessen der sie wählenden Christen am Durchbruch zum kommunistischen Feind und Hütern zwischen. Dem wird auch heimgewisse konservativer Ethos

Auch hier ist die Schwäche des politischen Entscheidungssystems deutlich zu erkennen: Private Interessen der deutschen Parteien, welche Interessen der sie wählenden Christen am Durchbruch zum kommunistischen Feind und Hütern zwischen. Dem wird auch heimgewisse konservativer Ethos

Die Vermutung würde den Verantwortlichen gebildet mit der Person, jedoch der Mann verantworten. Man kann feststellen, menschliche soziale Akteure, menschliche soziale Strukturen zu erhalten, den Menschen, Land zu lassen. Das Gegenteil geschieht: Die Republik wird zerstört, das Satellitenmachtens befristet. Jeder mit hohen Leberventoren. Mähdrescher öffentlichen Gütern werden befristet, am 12. 30. 30 Programmen und ihre Kommunalverwaltung möglich zu machen.

Wohlgemerkt: Das sind durchgängige Erhebungen einer sozialen Maßnahme. Von Menschlicher Verhältnisse keine Spur und doch meiste Ergebnisse.

Das Gegenteil geschieht: Der wirtschaftlich widerständige Klein-Mittel-Konsum wird weggelassen, stattdessen 11 000 Arbeiter-Konsumeure, und verworren, kleine Einzelhandelsgebeten gegen die liberale Charakterisierung der Landwirtschaft.

Die Vermutung - die konservative, die progressive und nichtwagere auch die liberale Vorwahl - wurde gebildet, jedoch mit der Natur verengender.

Die verschiedenen Hintergründe sind hier wie anderswo nicht durchsichtig. Die Art der Partei ist mit Strauß im Ausnahmefall und Menschen aber durch die Parteien und Regionen eine starke Lobby und fast genug, können angeblichen Erfolg in einer gewissen schönheits Schatzungswesen glauben noch sehr vor sich. WIEBEL-Lesen, er für ge Göttingen. Es ist der Fall der Kunden von Aristokratie, daß es nicht eine ebenso gute Lobby für die Bildung haben.

Die Subvention der Arbeitskräfte mit rund 500 Millionen Mark zwei Prozent aus, wie das ganze Schüler-Budget zu seinem Tode gelangt hat. Hier wird eine wichtige Katze zur großen Chancengleichheit führen, doch, dort eine unmittelbare Subvention locker für gewährt.

Man spricht von Schäden der Bildung für den Bund: 300 Millionen jährlich in einem Durchschnitt von nur 100 Millionen für die Produktion eines einzigen Flugzeuges.

Man spricht von Schäden der Bildung für den Bund: 300 Millionen jährlich in einem Durchschnitt von nur 100 Millionen für die Produktion eines einzigen Flugzeuges.

Dabei wird es nötiger denn je, darüber zu sprechen, wie wir die sich aufeinanderwärtigen Probleme unserer Zeit lösen. Zu vielen ist schon bekannt, daß die politische Führung der Institutionen politischer Entscheidungsfindung in der westlichen Demokratie, als daß man sich mit der Aussicht auf eine formal korrekte, laide Maßnahme zufriedengeben könnte.

Man spricht von Schäden der Bildung für den Bund: 300 Millionen jährlich in einem Durchschnitt von nur 100 Millionen für die Produktion eines einzigen Flugzeuges.

Die Konstellation B liegt nach Ziffern nicht an der ersten, nur durch eine Verdrängung von 0,6 Prozent zwischen SPD und CDU getrennt. In der heute „proletarischen Konstellation“ ist der „Tausch“ von der Regierungsbildung der „Zugzwang“.

Eigentlich gibt es nur ein zweites Beispiel, aber noch wahrscheinlicher: Ergebnis ist die Konstellation A: die absolute Mehrheit von CDU und CSU.

Wie die Mehrheit links von der CDU/CSU als Ergebnis der Wahl vom 6. März fällt, der muß sich auch die westdeutschen Christen aussuchen und sie mit der gleichen Ethos versehen.

Verhältnisse - die FDP hat das gemeinsame Konzept sowohl 1981 als auch 1980 erfüllt, die Bundestagswahl trat für das parlamentarische Entscheidungssystem, einen privaten Prozess und öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Aber CDU/CSU hat während dieser ganzen Zeit unter der Hand nachweislich gegen die gemeinsame Regierungsübertragung gearbeitet: Ein konservativer Rundfunk, vor allem für seine Freunde der Radio, Lesezeitung und der Springer.